

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Finanzausschusses vom 30.11.2006 um 18.25 Uhr im Sitzungssaal des Rathauses

Anwesend: Oberbürgermeister Moser

SPD-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Dr. Endres-Paul (bis 18.40 Uhr, Ziffer 1)

2. Bürgermeisterin Gold

Stadtrat Heisel

Stadtrat Dr. von Hoyningen-Huene (ohne Ziffer 7)

Stadtrat Jeschke (bis 20.10 Uhr, Ziffer 1 anschl. Gast)

Stadtrat Dr. Kröckel (bis 20.10 Uhr, Ziffer 1 anschl. Gast)

Stadtrat Mahlmeister (bis 20.10 Uhr, Ziffer 1 anschl. Gast)

Stadträtin Sagol (ab 18.40 Uhr, Ziffer 1 für Stadträtin Dr. Endres-Paul)

CSU-Stadtratsfraktion:

Bürgermeister Böhm (bis 20.10 Uhr, Ziffer 1 anschl. Gast)

Stadtrat Lux (bis 20.10 Uhr, Ziffer 1)

Stadtrat Rank

Stadtrat Schardt

Stadträtin Stocker (bis 20.10 Uhr, Ziffer 1 anschl. Gast)

Stadtrat Weiglein

UsW-Stadtratsfraktion:

Stadtrat May

Stadtrat Müller

Stadträtin Richter (bis 20.10 Uhr, Ziffer 1 anschl. Gast)

Stadtrat Schmidt

FW-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Wachter (bis 20.10 Uhr, Ziffer 1 anschl. Gast)

Stadträtin Wallrapp

KIK-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Konrad (bis 20.10 Uhr, Ziffer 1 anschl. Gast)

Stadtrat Popp

ödp-Stadtratsgruppe:

Stadträtin Schmidt (bis 19.25 Uhr, Ziffer 1)

Berufsmäßige Stadträte: Rodamer

Groß

Berichterstatter: Amtsrat Hartner

Amtsrat Teichmann

Dipl.-Ing. Lepelmann

Rechtsrätin Schmöger

Herr Altmann, Drees + Sommer (Ziffer 1)

Herr Michalsky, p4 (Ziffer 1)

Herr Grüner, Regierung von Unterfranken (Ziffer 1)

Herr Dr. Wichardt, BIMA (Ziffer 1)

Protokollführer: Verwaltungsfachangestellter Müller

Entschuldigt fehlten: Stadträtin Arayici
 Stadtrat Ferenczy
 Stadtrat Haag
 Stadtrat Lorenz

Feststellung gemäß § 27 der Geschäftsordnung

Sämtliche Mitglieder des Finanzausschuss waren ordnungsgemäß geladen. Von den 13 Mitgliedern sind zu Beginn der Sitzung mehr als die Hälfte anwesend. Der Finanzausschuss ist somit beschlussfähig.

Oberbürgermeister Moser weist darauf hin, dass zu Punkt 1 der gesamte Stadtrat ordnungsgemäß geladen wurde. Der Stadtrat ist somit beschlussfähig.

1. Konversion

Integriertes Städtebauliches Entwicklungskonzept (ISEK)

A. Oberbürgermeister Moser begrüßt die Herren Altmann von Drees & Sommer sowie Michalsky von p4. Gleichzeitig heißt er Herrn Dr. Wichardt von der BIMA und Herrn Grüner von der Regierung von Unterfranken willkommen.

Herr Altmann geht ausführlich auf die verschiedenen Projekte in den verschiedenen Bereichen ein. Neben den Konversionsflächen sei die Aufwertung der Innenstadt, das Mainufer bzw. die Promenade sowie die Kommunikation der Stärken Kitzingens untereinander die wesentlichen Themen. Er stellt dar, wie man zur Bewertung der einzelnen Maßnahmen gekommen sei und wie die Dringlichkeit bzw. die Wichtigkeit festgelegt wurde. Er weist besonders darauf hin, dass es nun nicht darum gehe, den Maßnahmenkatalog Punkt für Punkt abzarbeiten, es seien lediglich Vorschläge, wie es in den nächsten ca. 15 Jahren weitergehen könnte. Da die Prioritätenliste nicht zwingend eingehalten werden muss, könne je nach Sachverhalt (Investor o.ä) Maßnahmen auch verschoben werden. Aus diesem Grund gebe es keine Zeitschiene, bis zu welchem Zeitpunkt eine Maßnahme abgearbeitet sein müsse. Herr Altmann erklärt, dass als nächster Schritt im kommenden viertel Jahr die Organisationsstrukturen festzulegen seien und wie sich die zu bildenden Arbeitsgruppe zusammensetzen könne (BIMA, Regierung, Stadt Kitzingen, externer Berater; Vereine usw.).

Herr Michalsky geht im Folgenden auf die Förderkulisse der einzelnen Gebiete ein.

Auf die Frage von Bürgermeister Böhm, ob das Personal ebenfalls gefördert werde, antwortet Herr Grüner, dass lediglich das Heranziehen eines externen Beraters förderfähig sei, das hauseigene Personal jedoch nicht.

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer fragt nach, wie sich dies verhalte, wenn die Stadt einen Projektleiter extra für diese Aufgabe beispielsweise befristet für 2 Jahre einstelle.

Herr Grüner weist darauf hin, dass im Rahmen der Maßnahme „Soziale Stadt“ derartige Personal teilweise gefördert werde. Er könne nicht pauschal sagen, inwieweit dies auch für Stadtumbau-West gelte, und weist darauf hin, dass dies bei der Regierung hausintern abgestimmt werden müsse.

Stadtrat Weiglein fragt bezüglich einer möglichen Zwischennutzung nach, wie diese aussehen könnte und inwieweit dies sinnvoll sei.

Herr Dr. Wichardt weist bezüglich einer kurzfristigen Zwischennutzung darauf hin, dass dies möglich wäre. Eine langfristige Zwischennutzung lehne er aufgrund des umzusetzenden Konzeptes sowie den damit verbundenen Problemen grundsätzlich ab.

Weiter fragt Stadtrat Weiglein nach, inwieweit sich die BIMA den Rückbau vor allem in den Wohnkasernen vorstelle und ob der Bund selbst auf Investorensuche gehe.

Herr Dr. Wichardt weist darauf hin, dass er grundsätzlich kein Freund des Abrisses sei, da die dortigen Wohneinheiten teilweise in einem sehr guten Zustand seien und der Rückbau wie auch der Aufbau Steuergelder kosten würden. Die Frage bezüglich der Investorensuche bejaht Herr Dr. Wichardt.

Stadtrat Weiglein möchte wissen, inwieweit die Altlastenproblematik zu einer Verzögerung der Umsetzung führen könnte, worauf Herr Dr. Wichardt hinweist, dass die Gefahr im Bereich des Flugplatzes durchaus bestünde. In den übrigen Kasernen müsse dies, je nach Vorhaben, nochmals geprüft werden. Mögliche vorhandene Altlasten seien zunächst zu entsorgen.

Auf vermehrter Nachfrage bezüglich der Kosten weist Herr Dr. Wichardt darauf hin, dass die BIMA niemanden die Flächen schenken werde und mindestens eine „schwarze Null“ Ziel der Vermarktung sei.

Stadträtin Wallrapp fragt nach, wie die BIMA die Flächen ab dem 01.02.2007 - nach dem Übergang auf den Bund - absichern werde, um Schäden durch Vandalismus zu vermeiden.

Herr Dr. Wichardt kann die Sorgen verstehen, weist aber darauf hin, dass diese unberechtigt seien, da die Erfahrung bei anderen Maßnahmen gezeigt habe, dass Schäden durch Vandalismus äußerst gering seien. Er weist darauf hin, dass der Zaun um die Kasernen nochmals überprüft und ggf. ausgebessert werde. Bezüglich der Beheizung über den Winter weist er darauf hin, dass ein Gebäudekomplex nicht durch drei Monate ohne Heizung zerstört werde und in gewisser Weise ein geringer Schaden in Kauf genommen werde, da die Überwachung bzw. die Beheizung der Gebäude sich nicht rechnen würde.

Stadträtin Wallrapp fragt bezüglich der Bezuschussung nach, ob in diesem Jahr noch mit Geldern zu rechnen sei, wenn die Stadt einen externen Berater beauftrage.

Herr Grüner weist darauf hin, dass wie bereits vermehrt angesprochen ein externer Berater grundsätzlich förderfähig sei und zudem noch Gelder übrig seien. Wenn bei Antragseingang die Förderkriterien eingehalten werden, werde die Stadt die Förderung erhalten. Er weist aber auch darauf hin, dass nicht verbrauchte Mittel von 2006 ins Jahr 2007 übertragen werden.

Stadtrat Müller fragt bezüglich der Infrastruktur nach, ob dann die Stadt für den Unterhalt der Straße und Kanäle zuständig sei und fragt nach, wer dafür aufkomme, wenn die Kanäle nicht den erforderlichen Standards entsprechen und Investitionen diesbezüglich nötig seien.

Herr Dr. Wichardt weist darauf hin, dass die Straßen und Kanäle an die Stadt zurückgehen, er aber der Auffassung sei, dass die Kanäle dem erforderlichen Standard entsprechen. Sollte dies nicht der Fall sein, müsse man sich zusammensetzen und eine Lösung finden.

Stadtrat Müller fragt weiter, welche Möglichkeit bestehe, eine der Schulen in den Marshal Heights zur Auslagerung während der Sanierung der D. Paul-Eber-Schule zu nutzen.

Herr Dr. Wichardt weist darauf hin, dass die Schule im äußeren Bereich genutzt werden könne, man jedoch das Problem mit der Erschließung habe.

Oberbürgermeister Moser ergänzt, dass dies bereits realistisch durchgerechnet wurde und die Umsetzung kein Problem sein dürfte.

Stadtrat Popp möchte wissen, in welchen Bereichen man die Priorität sehe.

Herr Michalsky weist darauf hin, dass im Bereich der Innenstadt, dies das Gelände des Bürgerbräus sei sowie die Promenade und das Aktivitätenband sei.

Stadtrat Popp äußert seine Bedenken, dass die Stadt Bereiche fremden Eigentums wie beispielsweise das Bürgerbräugelände überplanen dürfe. Seiner Auffassung nach hätte man dies in Absprache mit dem Grundstückseigentümer machen müssen.

Oberbürgermeister Moser weist darauf hin, dass die Stadt Kitzingen die Planungshoheit habe gleichgültig ob sie Eigentümerin sei oder nicht. Er ergänzt, dass die Stadt Kitzingen nie ohne die Einwilligung der Grundstückseigentümer handeln werde und, dass man bei Bedarf dem Eigentümer beratend zur Seite stehe.

Oberbürgermeister Moser weist darauf hin, dass die Prioritätenliste kein abzuarbeitender Maßnahmenkatalog sei, sondern je nach Verfügung umgesetzt werden könne. Zudem gehe die innere vor der äußeren Entwicklung.

Abschließend bedankt sich Oberbürgermeister Moser bei Herrn Dr. Wichardt, Herrn Grüner sowie den Herren Michalsky und Altmann von der Planungsgruppe 4 bzw. Drees & Sommer.

Oberbürgermeister Moser unterbricht die öffentliche Sitzung von 20.10 Uhr bis 20.15 Uhr.

2. Antrag des Evang.-Luth. Pfarramtes Kitzingen-Stadtkirche;
hier: Erneuerung der Rutsche im Kindergarten Hohenfeld

Mit 13 : 0 Stimmen

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Für die Erneuerung der Rutsche im Kindergarten Hohenfeld werden
 - 2.1 14.000 € für die Beschaffung der Spielgeräte sowie 3.000 € für Leistungen von Bauhof / Gärtnerei bereit gestellt.
 - 2.2 Die Haushaltsmittel werden im Haushalt 2007 auf der Haushaltsstelle 1.4643.9450 bereitgestellt

3. Innenrenovierung Ev. Luth. St. Laurentius-Kirche Repperndorf
Zuschussantrag/Städt. Baulast

Mit 13 : 0 Stimmen

1. Vom Sachvortrag der Verwaltung wird Kenntnis genommen.
2. Es besteht Einverständnis, für die Innenrenovierung der Ev. Luth. St. Laurentius-Kirche Repperndorf folgende Gelder in den Haushalt 2007 aufzunehmen:

a) Turm innen	34.000 €
(Baulast 100 % Stadt mögl. Zuschüsse Dritter unberücksichtigt)	
bzw.	
b) Schiff/Sakristei max. 10 %	bzw. max. 16.200 €
(mögl. Zuschüsse Dritter unberücksichtigt)	

4. Aufstellung eines B-Plans
„Repperndorfer Straße/S.-Wilke-Straße“
und Teiländerung B-Plan Nr. 44 „Repperndorfer Mühlbach“
Aufstellungsbeschluss

- A. Dipl. – Ing. Lepelmann geht auf die Aufstellung des Bebauungsplanes ein und welche Gebiete in diesem enthalten sein werden.
Stadtrat Schardt als Stadtentwicklungsreferent ist froh, dass dieses Gebiet nun angegangen werde und stimmt dem Aufstellungsbeschluss zu.

Stadtrat Schmidt bemängelt, dass die Aufstellung des Bebauungsplanes lediglich wegen eines Grundstücks nötig sei und seiner Auffassung nach auch anderweitig geregelt werden könne (§ 34 BauGB).

Rechtsrätin Schmöger weist darauf hin, dass die Stadt durch den Bebauungsplan die zukünftige Nutzung der Fläche besser ordnen könne, als wenn ein Bauantrag nach § 34 BauGB behandelt werde. Die Genehmigung würde sich hier nach der im Umkreis vorliegenden Bebauung richten. Da diese sehr unterschiedlich sei, könne der § 34 BauGB weit ausgelegt werde. Durch den Bebauungsplan könne die Stadt die Baugrenzen, Baulinien sowie Art und Maß der baulichen Nutzung an dieser städtebaulich relevanten Stelle ordnen.

Stadtrat Popp schlägt vor, den Geltungsbereich des Bebauungsplanes auch auf die gegenüberliegende Straßenseite (Siegfried-Wilke-Straße) auszuweiten.

Der Vorschlag wird von den Stadträten befürwortet, so dass Oberbürgermeister Moser dies zusagt.

Stadtrat May fragt nach, ob den Anliegern durch die Aufstellung Kosten entstünden, was Dipl. – Ing. Lepelmann verneint. Kosten entstehen erst, wenn beispielsweise Straßen gebaut würden.

B. Mit 10 : 3 Stimmen

1. Vom Sachvortrag der Verwaltung wird Kenntnis genommen.
2. Es besteht Einverständnis für den Bereich „Repperndorfer Straße/S.-Wilke-Straße“ einen B-Plan aufzustellen. Hinzukommen soll ein Teilbereich des rechtskräftigen B-Plans Nr. 44 „Repperndorfer Mühlbach“ (Vorgesehener Geltungsbereich – s. Lageplan).

Ziele der Planung sind vor allem:

- Gestaltung und Aufwertung des westlichen Stadteingangsbereichs entlang der B 8 u. Repperndorfer Straße
- Definition/Überprüfung von Maß und Art der baulichen Nutzung
- Sicherung und Verbesserung der Erschließung
- Überprüfung der Grundstückszuschnitte
- Verbesserung der Wohn und Arbeitsbedingungen

3. Zum Geltungsbereich gehören die folgenden Fl.Nrn:

a) östliche S.-Wilke-Straße

b) westlich S.-Wilke-Straße (aus

Geltungsbereich B-Plan Nr. 44
„Repperndorfer Mühlbach“

3678/ 35 Tfl.,	3682/9 Tfl.	3682/5
3682	3683	3682/8
3682/2	3675	3684/9
3677	3677/1	3684/2
3675/1	3681/1	3684/5
3679	3679/2	3684/4
3680	3678/15	3682/9 Tfl.
3678/52	3678/51	
3678/50	3678/49	

4. Die Verwaltung wird mit der Durchführung des Planungsverfahrens beauftragt. Bis März 2007 sind erste Planungsvarianten vorzulegen.

5. Widmung eines Teilstückes der Fl.Nr. 5735, Gemarkung Kitzingen, zum öffentlichen Feld- und Waldweg (ausgebaut i. S. v. Art. 54 Abs. 1 BayStrWG)

Mit 13 : 0 Stimmen

Ein Teilstück der Fl.Nr. 5735, Gemarkung Kitzingen, wird gem. Art. 6 Abs. 1 BayStrWG zum öffentlichen Feld- und Waldweg i. S. d. Art. 53 Nr. 1 BayStrWG (ausgebaut gem. Art. 54 Abs. 1 BayStrWG) gewidmet.

Der Weg mit einer Länge von 0,065 km beginnt am öffentlichen Feld- und Waldweg „Weg von der Mainbernheimer Straße zu den Gypssteinplätzen“ Fl.Nr. 5735 Tfl. an der Nordgrenze des Grundstücks Fl.Nr. 5739 und endet an der Fl.Nr. 5740/1.

Widmungsbeschränkung: Die Belastung des Weges ist auf 10 to Achslast beschränkt.

Grundlage ist der Lageplan vom 08.11.2006.

6. Ev.-Stadtkirche Kitzingen**Turm- und Dachsanierung - Erhöhungsantrag**

(Stadtrat Schmidt ist aufgrund persönlicher Beteiligung von der Beratung und Beschlussfassung ausgeschlossen und begibt sich ohne Aufforderung in den Zuhörerbereich.)

Mit 11 : 1 Stimmen

1. Vom Sachvortrag der Verwaltung wird Kenntnis genommen.
2. Es besteht Einverständnis, den gewährten Zuschuss in Höhe von 10 % bzw. max. 33.500 € aufgrund der geltend gemachten Mehrkosten in Höhe von 100.000 € um 10.000 € auf max. 43.500 € zu erhöhen.

7. Haushaltsüberschreitung**Ohne Abstimmung**

Es wird zustimmend davon Kenntnis genommen, dass für das Rechnungsjahr 2006 eine Haushaltsüberschreitung bei

HSt.	Bezeichnung	Haushaltsansatz	Überschreitungs- betrag
<u>VwHh:</u> 5652 5011	Dreifachhalle Sickergrund; Sanierung Leimbinder bisher bereitgestellt somit insgesamt	30.000,00 €	18.006,78
			<u>38.793,10</u>
			<u>56.799,88</u>

genehmigt wurde.

Die Deckung erfolgte durch Mehreinnahmen bei der HSt. 9000 0030 - Gewerbesteuer.

**8. Umgestaltung des Bahnhofsgeländes
Information von Oberbürgermeister Moser**

Oberbürgermeister Moser weist darauf hin, dass bezüglich der Umgestaltung des Bahnhofsumfeldes weitere Angebote eingeholt werden und die Angelegenheit im Sitzungstermin 14.12./21.12.2006 behandelt werde.
Dies wird zur Kenntnis genommen.

9. Anfrage von Stadtrat Rank
Verbindung Eselsberg – Stadt

Stadtrat Rank fragt nach, wann die Verbindung zwischen Eselsberg und der Stadt wieder hergestellt werde.

Berufsmäßiger Stadtrat Groß sagt zu, dies zu klären. Gleichzeitig wird er diese Info an die Presse weiterleiten.

10. Anfrage von Stadtrat Popp
Sammelwiderspruch bzgl. Dorferneuerung Etwashausen

Stadtrat Popp bezieht sich auf den Sammelwiderspruch der Anlieger an der Mainbernhaimer Straße bzgl. der Bescheide zur Vorauszahlung des Straßenausbaubeitrages betreffend der Dorferneuerung Etwashausen und möchte wissen, wie hierbei nun verfahren werde. Zudem fragt er nach, wann die Anträge, eine Anliegerversammlung abzuhalten sowie dem Stadtrat eine neue Sitzungsvorlage diesbezüglich vorzulegen, Beachtung finden.

Rechtsrätin Schmöger weist darauf hin, dass die Widersprüche eingegangen, jedoch die Widerspruchsfrist (1 Monat) noch nicht abgelaufen sei. Im Folgenden geht sie darauf ein, wie nun weiter Verfahren werde (Antwortschreiben an die Widerspruchsführer, Prüfung in der Sache, Abhilfe bzw. Weiterleitung an das Landratsamt). Sie weist darauf hin, dass sie derzeit prüfe, inwieweit in diesem Fall ein Musterprozess geführt werden könne. Sie weist aber auch darauf hin, dass die Widersprüche nicht alle klar formuliert seien und man zwischen dem Antrag auf Stundung sowie dem Antrag auf Aussetzung der Vollziehung unterscheiden müsse und ergänzt, dass man sich eine einheitliche Vorgehensweise diesbezüglich überlegen müsse.

11. Anfrage von Stadträtin Wallrapp
Sachstandsbericht Archiv/Museum

Stadträtin Wallrapp fragt nach, ob der Sachstandsbericht Umbau/Sanierung Museum/Archiv in der Sitzung am 07.12.2006 behandelt werde.

Oberbürgermeister Moser bejaht dies.

12. Anfrage von Stadtrat Dr. von Hoyningen- Huene
Ausfahrt Gebrauchwagenhändler B 8, Siegfried-Wilke-Straße

Stadtrat Dr. von Hoyningen-Huene fragt bezüglich der Ausfahrt des Gebrauchtwagenhändlers an der B 8 nach, ob hier neben dem Rechtsabbiegen auch das Linksabbiegen erlaubt sei, da er vermehrt beobachte, dass Verkehrsteilnehmer dort links abbiegen.

Berufsmäßiger Stadtrat Groß weist darauf hin, dass das Abbiegen weiterhin lediglich nach rechts möglich wäre und das Linksabbiegen rechtswidrig geschehe.

Oberbürgermeister Moser ergänzt, dass die Stadt Kitzingen nicht berechtigt sei, den fließenden Verkehr zu überwachen, sagt aber zu die dafür zuständige Polizei zu informieren.

13. Anfrage von Stadtrat May
Umgestaltung Mainkai, Kosten an Anlieger

Stadtrat May fragt nach, ob bezüglich der geplanten Umgestaltung des Mainkais Kosten auf die Anlieger zukommen könnten.

Dipl. – Ing. Lepelmann verneint dies mit dem Hinweis, dass es sich hierbei um städtische Grünflächen bzw. einer Umgestaltung einer Freifläche handle, was nicht umlagefähig sei.

Oberbürgermeister Moser schließt die öffentliche Sitzung um 21.00 Uhr.

Oberbürgermeister
gez.
Moser

Protokollführer
gez.
Müller